

Berlin, 16.04.2019

Forum Nachhaltige Geldanlagen e.V. (FNG) WPSEU 076/2019

1. Welche Bedeutung und Rolle kommt Ihres Erachtens dem Finanzsektor zu, um Nachhaltigkeit zu fördern – etwa mit Blick auf den Klimawandel, aber auch weitere Umwelt- und soziale Themen wie Arbeitsrechte oder die Energiewende?

Antwort:

Um die Ziele des Pariser Abkommen zu erfüllen und die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken sind immense Investitionen in die Klimawende unabdingbar. Um diese Investitionen zu erreichen muss auch die Finanzwirtschaft das nötige Kapital bereitstellen und in die richtige Richtung lenken. Deshalb fällt der Finanzbranche eine Schlüsselrolle bei der Erfüllung der Pariser Klimaziele zu. Dies bedeutet für den Gesetzgeber, dass er neue Standards für grüne Finanzprodukte schaffen muss, damit einerseits der Finanzsektor dieser Rolle nachkommen kann und andererseits Greenwashing verhindert wird.

2. Aktuell ist die EU aktiv dabei, mit dem Aktionsplan *Finanzierung nachhaltiges Wachstum* Sustainable Finance regulatorisch neu zu ordnen.

- a) Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu Sustainable Finance?

Antwort:

Wir setzen uns für eine Neuausrichtung der Kapitalströme in Richtung nachhaltiger Investitionen, um ein nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen. Wir unterstützen den Aktionsplan der Europäischen Kommission für eine nachhaltige Finanzwirtschaft und wollen ihn ambitioniert umsetzen. Finanzielle Risiken, die sich aus dem Klimawandel, der Umweltzerstörung und sozialen Fragen ergeben müssen adäquat gesteuert werden. Transparenz und Nachhaltigkeit im Finanz- und Wirtschaftsleben muss stärker gefördert werden.

b) **Wie ist Ihre Position zu dem EU-Aktionsplan *Finanzierung nachhaltigen Wachstums*?**

i. Konkret zu dem Ziel: Taxonomie

Antwort:

Wir unterstützen die Schaffung eines Rahmens für die Erleichterung nachhaltiger Investitionen. Wir setzen uns für die Schaffung eines einheitlichen ambitionierten Klassifizierungssystems ("Taxonomie") für eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftstätigkeit ein, damit Investoren wissen, worin sie investieren und langfristig Kapitalströme in Richtung nachhaltiger Investitionen gelenkt werden können. Die Anwendung des Rahmenwerkes sollte auf ein breites Spektrum von Wirtschaftstätigkeiten geschehen und in eine Abstufung zeigen, wie nachhaltig oder nicht diese Finanzprodukte sind. Darüber hinaus fordern wir, dass die Einhaltung strenger sozialer Garantien - um sicherzustellen, dass keine Investitionen als "nachhaltig" angesehen werden können, wenn z.B. gleichzeitig die Menschenrechte verletzt werden.

ii. Konkret zu dem Ziel: Transparenzpflichten

Antwort:

Wir fordern, dass Finanzinstitute die Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren (ESG Risks) in ihren Finanzpositionen offenlegen und auch institutionelle Anleger und Vermögensverwalter Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren (ESG) in ihre Risikoprozesse integrieren.

iii. Konkret zu dem Ziel: Integration von Nachhaltigkeit in die Kundenberatung

Antwort:

Wir unterstützen die Integration von Nachhaltigkeit in die Kundenberatung, damit Kunden wissen in welche Produkte sie investieren. Dies würde sicherstellen, dass die Kunden nicht nur ausreichend über das Risikoprofil ihrer Investition informiert sind, sondern auch über das Geschäftsmodell des jeweiligen Unternehmen, dass mit der Investition unterstützt wird und inwiefern dieses Unternehmen zur Energiewende beiträgt oder nicht.

iv. Konkret zu dem Ziel: Low Carbon Benchmarks

Antwort:

Wir unterstützen die Schaffung einer neuen Kategorie von Benchmarks, die kohlenstoffarme und positive Benchmarks für die CO₂-Belastung umfassen, welche den Anlegern bessere Informationen über den CO₂-Fußabdruck ihrer Investitionen liefern.

c) **Hat Ihre Partei weitere Vorschläge oder Anregungen für die nachhaltige Finanzwirtschaft (zum Beispiel Anleihen, Unternehmensberichterstattung)?**

Antwort:

Wir unterstützen die Schaffung eines EU-Standards für grüne Anleihen (EU GBS). Anleihen, die in der EU herausgegeben werden und nicht die EU GBS erfüllen, sollten nicht als grüne Anleihen betitelt werden dürfen. Gleichzeitig setzen wir uns für ein

ambitioniertes Offenlegungsregime für institutionelle Anleger und Herausgeber von grünen Anleihen ein. Eine aufsichtsrechtliche Bevorzugung (wie z.B. durch geringere Eigenkapitalanforderungen), welche nicht im Zusammenhang mit dem individuelle Risikoprofil stehen, lehnen wir ab.

3. Welche weiteren Felder erachten Sie als europapolitisch sinnvoll, um Nachhaltigkeit zu fördern?

Antwort:

Unsere umfassenden Pläne für eine nachhaltige Europapolitik können unserem Wahlprogramm entnommen werden: <https://www.spd.de/europa-ist-die-antwort/unsere-ziele/unsere-europaprogramm/>

4. Welche Maßnahmen stellen Sie sich für das EU-interne Management (z.B. öffentliche Beschaffung) und die Verwaltung von öffentlichem Vermögen (z.B. EU-Pensionsrücklagen) vor, um Nachhaltigkeitskriterien stärker zu berücksichtigen?

Antwort:

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Institutionen der Europäischen Union ihre Umweltpolitik kontinuierlich verbessern. Wir fordern die verpflichtende Einhaltung der Vorgaben der Eco-Management and Audit Scheme (EMAS)-Zertifizierung sowie das sogenannte „green procurement“, also die umweltgerechte Vergabe öffentlicher Aufträge. Auch die soziale Dimension von Nachhaltigkeit ist uns wichtig. Deswegen setzen wir uns für faire Arbeitsbedingungen in ganz Europa, konkret aber auch in den EU-Institutionen ein. Im Übrigen haben wir bei der Ausarbeitung der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe durchsetzen können, dass neben den Aspekten des günstigsten Preises auch soziale, umweltfreundliche oder qualitative Zuschlagskriterien zur Bewertung herangezogen werden können.

Bei der Verwaltung des öffentlichen Vermögens der EU-Institutionen setzen wir auf Effizienz und unterstützen den Ansatz der EU-Kommission für ein „performance-based budgeting“. Das bedeutet für uns nicht, dass wir wahllos Stellen abbauen. Tatsache ist, dass einige Institutionen und Agenturen bereits heute am Rande der Arbeitsfähigkeit stehen. Wir wollen stattdessen sicherstellen, dass die Ausgaben des EU-Haushalts ergebnisorientiert verwendet werden, weil wir damit auch die Nachhaltigkeit öffentlicher Ausgaben verbessern. Dafür wollen wir die Qualität und Quantität zur Messung von Ergebnissen verbessern.

5. Welche Rolle für eine nachhaltige Transformation kommt Ihres Erachtens den EU-weiten Förderprogrammen zu?

Antwort:

Die SPD setzt sich für eine europäische Haushaltspolitik, die dem Menschen dient, ein Europa, in dem alle Konzerne endlich ihren fairen Anteil an Steuern zahlen und damit ihren angemessenen Beitrag für das Gemeinwohl leisten. Wir wollen einen EU-Haushalt, der den Erwartungen und

Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürgern an das, was die Europäische Union leisten soll, entspricht.

Unseren Maßstab für die Ausrichtung europäischer Förderpolitik bilden dabei die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Wir verstehen diese Ziele als Leitbild unseres euroapolitischen Handelns, weil nur so die aktuellen ökonomischen, ökologischen, sozialen und internationalen Politikbereiche gemeinsam angegangen und gelöst werden können.

Eine nachhaltige Transformation ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen mitgedacht werden muss. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Kommission in Zukunft für alle Ausgaben aus dem EU-Haushalt und für jeden europäischen Rechtssetzungsvorschlag darlegt, welche Konsequenzen diese Entscheidungen auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele haben. Nur mit einer solchen Folgenabschätzung können die Institutionen der Europäischen Union ihre Entscheidungen auf einer fundierten Grundlage treffen.

6. Welchen Stellenwert räumen Sie der europäischen nachhaltigen Finanzwirtschaft auch als Wirtschafts- und Standortfaktor im weltweiten Kontext ein? Und planen Sie weitere Maßnahmen um die europäische Finanzbranche zu stärken?

Antwort:

Die Europäische Finanzwirtschaft kann weltweit Führer in Sachen Nachhaltigkeit werden und sich als Wirtschafts- und Standortfaktor stärken, wenn der Aktionsplan für ein nachhaltiges Finanzsystem ambitioniert umgesetzt wird. Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des europäischen Finanzsektors unterstützen wir. Deshalb fordern wir eine schnelle und ambitionierte Umsetzung der Finalisierung des Basel III Rahmenwerks.